



## Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Donnerstag, 13.12.2018, 16:35 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

### ÖFFENTLICH

<b>TOP 6</b>	<b>Haushaltsplan 2019 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2018 - 2022 - Änderungsverzeichnis - Stellenplan 2019</b>	<b>Vorl.Nr. 406/18</b>
--------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------

---

#### **Beratungsverlauf:**

Zum Beratungsverlauf siehe TOP 6.1.

<b>TOP 6.1</b>	<b>Haushaltsplan 2019 - Änderungsverzeichnis</b>	<b>Vorl.Nr. 511/18</b>
----------------	--------------------------------------------------	------------------------

---

#### **Beschluss:**

1. Die Haushaltssatzung 2019 sowie der Haushaltsplan 2019 und die mittelfristige Finanzplanung 2018 - 2022 werden auf Grundlage des Haushaltsplanentwurfs (Vorlage 406/18) und den beigefügten Änderungsverzeichnissen beschlossen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die noch erforderlichen haushaltsneutralen Veränderungen der Teilhaushalte (z.B. interne Leistungsverrechnungen, Steuerungsumlage, Änderungen Kontenplan) vorzunehmen und in den endgültigen Haushaltsplandruck einzuarbeiten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 21 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

#### **Beratungsverlauf:**

Zu Beginn der öffentlichen Gemeinderatssitzung wird ein mit Musik untermalter, bebildeter Jahresrückblick gezeigt.

Anlässlich des 300-jährigen Stadtjubiläums hat Herr Achim Dieterich begleitet von dem Radfahrer Herr Andreas Diebel einen 300-Kilometer-Lauf nach Montbéliard absolviert. Mit dem Lauf wurden Geldspenden für den Kauf von Getreidemühlen in Burkina Faso gesammelt. Sponsoren unterstützten die Benefizaktion des Ultramarathonläufers. OBM Spec und EBM Seigfried würdigten zu Beginn der Sitzung die sportliche Spitzenleistung und das ehrenamtliche Engagement.

Im Anschluss bittet OBM Spec zum Gedenken an den vor kurzem verstorbenen, langjährigen Stadtrat Dr. Ingo Schwytz sich von den Plätzen zu erheben.

Vor Eintritt in die Sitzung teilt OBM Spec mit, dass der Tagesordnungspunkt 18 „Erhaltungssatzung Historischer Ortskern Poppenweiler“ von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Anschließend eröffnet OBM **Spec** die Sitzung. Er bedankt sich bei allen Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsplans und gibt anschließend das Wort an Stadtkämmerer Herrn Kiedaisch (FB Finanzen).

Herr **Kiedaisch** erläutert einleitend den Verlauf der Haushaltsplanberatungen und geht kurz auf die Zahlen des Haushaltsplans 2019 ein. Er bedankt sich beim Gemeinderat für die konstruktiven Beratungen im Vorfeld. Es sei mit den Stadträten Dengel und Weiss abgestimmt, dass ein nachträglich eingereichter Antrag der FWV-Fraktion zum Umbau des Pasta in die nächste Haushaltsberatung verschoben werde.

Aus Sicht von Stadtrat **Herrmann** habe man im Haushaltsjahr 2019 außerordentlich viele Investitionen vor; es gehe in der Stadt voran. Der neue VVS-Tarif, der von der Stadt mitfinanziert werde, bringe für die Bürgerinnen und Bürger Verbesserungen. Der Haushalt sei nachhaltig und zukunftsorientiert, auch weil die ursprünglich eingeplanten Schulden auf Null reduziert wurden. Er sei dankbar, dass diesbezüglich die anderen Fraktionen dem Vorschlag der CDU gefolgt seien. Ludwigsburg habe in den letzten Jahren seine Personalstellen um 40 % erhöht. Man habe mehrfach konkrete Vorschläge gemacht, zusätzliche Stellen zu streichen. Jetzt werde ein neuer Weg beschritten. Von den 90 vorgeschlagenen Neu-Stellen erhalten 40 einen Sperrvermerk. Es werde damit im Einzelfall genau hinterfragt, ob die Stelle notwendig sei. Auch werde man bei den Honorarverträgen und bei den befristeten Verträgen genauer hinschauen.

Man stehe zu den Planansätzen der Busverbesserung durch den BRT. Wer dies nicht wolle riskiere, dass ein wichtiger Punkt aus dem Green-City-Masterplan herausgebrochen werde. Man trage den BRT mit, um Fahrverbote zu vermeiden. Es liege nun am Gemeinderat, eine breite Mehrheit zu finden, um die im Verkehrsministerium erzielte Einigung zu bestätigen. Die CDU-Fraktion sei zu Kompromissen bereit.

Der Finanzplan stehe heute ebenfalls zum Beschluss an. Stadtrat Herrmann weist darauf hin, dass dieser bei den Haushaltsplanberatungen 2020 konkretisiert werden müsse.

Abschließend bedankt sich Stadtrat Herrmann bei den Dezernenten, den Fachbereichsleitern und der Kämmerei für die Erstellung des Haushaltsplans 2019.

Stadtrat **Prof. Vierling** führt aus: „Die Struktur des städtischen Haushalts wird zunehmend problematisch - 107 Stellen-Neuschaffungen - der starke Anstieg der Personalstellen gibt Anlass zur Sorge, genauso wie das stürmische Wachstum der Personalausgaben. Man gewinnt den Eindruck, dass die Verwaltungsspitze ein Stück weit die Kontrolle über die Stellenentwicklung verloren hat. Im derzeitigen Wirtschaftsaufschwung sollte sich die öffentliche Hand bei den Ausgaben doch besser etwas zurück halten, um in einer Wirtschaftskrise ein paar Schippen zulegen zu können. Bedenklich auch die Ausweitung von Beraterverträgen und Beraterhonoraren. Das ist verdeckter Personalaufwand, wo die Abgrenzung von öffentlichen und privatwirtschaftlichen Interessen unscharf bleibt. Wir Grünen haben mit unseren Anträgen und

Fragen zum Haushaltsentwurf die Zukunftsanliegen der Ludwigsburger Bevölkerung aufgegriffen. Aber Verwaltung und Gemeinderatsmehrheit haben diesen Zukunftsanliegen die kalte Schulter gezeigt. Wichtigstes Thema: Mobilität in Ludwigsburg. Unfassbar, dass der Oberbürgermeister die „Gemeinsame Verständigung“, die er mit Landrat und Bürgermeistern unterschrieben hat, nicht zur Bestätigung vorlegt, sondern den Gemeinderat zu Nachforderungen und Zusatzforderungen drängt. Unglaublich, dass der Oberbürgermeister droht, der Initiative aus dem Gemeinderat, die „Gemeinsame Verständigung“ zu bestätigen, zu widersprechen, da sie zum Schaden der Stadt sei. Man fragt sich, Herr Oberbürgermeister, Warum haben Sie ein Maßnahmenpapier unterzeichnet, das Sie als schädlich für die Stadt ansehen?

Also Thema Verkehr: Millionenbeträge für ein sogenanntes „BRT-System“ im Haushalt, für das es keine Bedarfsanalyse gibt, für das die Stadtverwaltung selbst ein Verfahren zur Standardisierten Bewertung abgebrochen hat. Da machen wir Grünen nicht mit. Herr Oberbürgermeister, für den BRT in Ludwigsburg gibt es keinerlei Nutzen-Kosten-Faktor; Langbusse und Langbus-Trassen mit der Brechstange durchzusetzen das ist das Gegenteil von verantwortlicher Stadtpolitik.

Die Ludwigsburger Kreiszeitung hat am letzten Samstag am Beispiel Hamburg gezeigt, dass es im Busverkehr auf Pünktlichkeit und Verlässlichkeit ankommt, nicht auf ein Langbus-System. Ihre Weigerung, den ÖPNV integriert anzugehen, also das Busnetz insgesamt auf Vordermann zu bringen, löst doch nur allgemeines Kopfschütteln aus. Ihre Allianz mit Freien Wähler, CDU und FDP gegen ein integriertes Buskonzept ist ein ärgerliches Nachhutgefecht, nachdem Sie sich mit Ihrer Gegnerschaft zur Stadtbahn isoliert haben.

Und spätestens seit Sie sich in die Gefangenschaft der sogenannten Freien Wähler begeben haben, zeigt sich doch auch: Im Zweifelsfall zählen für Sie Parkplätze und freie Fahrt für Autos mehr als alles andere. Vergleiche die Abstimmung zur Alleenstraße, vergleiche die Stellplatzzahl in Grünbühl, vergleiche der Rückzieher beim autofreien Arsenalplatz.

Und das Programm zur sauberen Luft in Ludwigsburg? Alle Achtung, Herr Oberbürgermeister, wie Sie das Bundesprogramm aus dem Dieselpipfel für Ludwigsburg anzapfen. Nur leider senken uns Digitalisierungsmillionen die Stickoxidwerte nicht schnell und kräftig genug. Da wären mehr herkömmliche Radwege, wie wir Grüne sie mit Haushaltsantrag gefordert haben - leider ohne dafür eine Mehrheit zu finden -, wirksamer und schneller zu haben. Das sollte uns klar sein, meine Damen und Herren, wenn der Verwaltungsgerichtshof nächstes Jahr Fahrverbote für Ludwigsburg verhängt, dann können sich die Bürgerinnen und Bürger dafür beim Oberbürgermeister bedanken, der jahrelang die Stadtbahn verzögert hat und der fast Null Engagement bei der Realisierung des Radroutenkonzepts gezeigt hat.

Aber auch die CDU und die Freien Wähler können wir da nicht aus der Verantwortung entlassen. So ist die CDU jetzt fest entschlossen, Diesel-Fahrverbote zu verhindern, aber nicht, indem die Luft sauberer gemacht werden soll, sondern indem die Deutsche Umwelthilfe bekämpft werden soll.

Leider haben hier manche im Rund etwas gegen vernünftige Vorschläge, wenn sie von den Grünen kommen. Was lässt sich denn gegen unseren Vorschlag vorbringen, als Beitrag zur Klimaanpassung die Zahl der städtischen Bäume jedes Jahr planmäßig zu erhöhen? Warum lässt sich die Verwaltung vom Widerstand der CDU, FW und FDP gegen die Baumschutzsatzung so weit einschüchtern, dass sie die Vorlage gar nicht mehr zur Abstimmung gebracht hat? Und was lässt sich eigentlich dagegen vorbringen, dass die Landesgartenschau keine einseitige Straßentunnelschau werden soll?

Insgesamt müssen wir feststellen, dass dieser Haushaltsentwurf nach den bisherigen Beratungen den Herausforderungen der Zeit – generationengerechte Finanzen, nachhaltige Mobilität, Umwelt- und Klimaschutz – diesen Herausforderungen nicht entspricht. Wir lehnen den Haushaltsentwurf daher ab.“

Im Anschluss erklärt Stadträtin **Liepins** für die SPD-Fraktion, zwar sei zwischenzeitlich auf Antrag der CDU auf die ursprünglich vorgesehene Kreditaufnahme von 9 Mio. Euro verzichtet worden, dennoch sei kein einziges Projekt gestrichen worden. Es handle sich um eine zeitliche Verschiebung, daher könne von Haushaltskosmetik gesprochen werden. Was passiere, wenn die Konjunktur rückläufig sei und damit auch die Einnahmen, sei im Finanzzeitrahmen nicht berücksichtigt. Die Wirtschaftsweisen hätten vor einigen Tagen ihre Prognosen nach unten korrigiert, es bleibe spannend.

Im Personalbereich steigen die Ausgaben nicht nur im Bildungs- und Betreuungsbereich, 9 Mio € mehr Personalkosten und 90 neue Stellen seien zu viel. Die SPD stelle keinen pauschalen Kürzungsantrag, sonst würden wieder Stellen bei den Gärtnern, Hausmeistern oder bei der TDL gestrichen und dies sei nicht im Sinn der SPD-Fraktion. Der Haushalt sei durch das neue Dezernat, die Einrichtung neuer Fachbereiche, die Umverteilung von Stellen wenig nachvollziehbar, es fehle die Vergleichbarkeit. Das einzige was auffällig sei, es ist viel Luft drin. Aus ihrer Sicht würden die HH-Ansätze weder im Hochbau- noch im Tiefbaubereich im nächsten Jahr umgesetzt werden können. Für die Haushaltsstrukturkommission gebe es genügend Arbeit.

Sie wolle betonen, dass die SPD die Kürzung der BRT-Beträge - nicht die Streichung - beantragt habe. Man sei konsensbemüht.

Die SPD habe vor mehr als 10 Jahren den Antrag gestellt den Bau von drei Sporthallen stufenweise umzusetzen, der Stadtteil Poppenweiler warte seit mehr als 20 Jahren auf eine Sporthalle, deshalb sei auch der gemeinsame Antrag mit der FWV und FDP gestellt worden. Die SPD fordere den Bau der drei dringend benötigten Hallen in der Oststadt, Ossweil und Poppenweiler gemeinsam anzugehen.

Der Antrag „Tiefgarage Bärenwiese“ sei in den Jahren 2016 und 2017 gestellt worden. Bis heute sei der Antrag auf keiner Tagesordnung gewesen.

Es sei ärgerlich und frustrierend, wenn der Gemeinderat etwas gegen den Willen der Verwaltung erreichen möchte, dann bedürfe es, wie beim Stadtticket unendlicher Hartnäckigkeit. Eindringlich weist sie darauf hin, dass für das Stadtticket mehr Werbung gemacht werden müsse.

Nicht nur bei der SPD-Fraktion, sondern auch bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung mache sich Verärgerung breit. Als Beispiel führt sie an, dass beim Verkehrskonzept Grünbühl ein dreiviertel Jahr um den Stellplatzschlüssel gerungen wurde. Man sei letztendlich bereit gewesen die Vorlage mitzutragen. Letztlich hätten jedoch der Oberbürgermeister und der Baubürgermeister gegen die eigene Vorlage gestimmt. Dies hinterlasse verärgerte Mitarbeiter und Gemeinderäte, so Stadträtin Liepins weiter.

Wer bei der BTU-Sitzung am 29.11.2018 anwesend war, werde diese Sitzung nicht vergessen, teilt Stadträtin Liepins weiter mit. Sie erläutert und kritisiert die an den darauffolgenden Tagen erfolgte Terminplanung. Man könne nur mit einer breiten Mehrheit weiterkommen und dies gelinge nur, wenn man alle Gemeinderäte an einen Tisch hole, und man nicht wie es erfolgt sei, nur einige Personen einlädt.

Diese Vorkommnisse hätten die SPD-Fraktion dazu bewogen, den Haushalt in heutiger Sitzung abzulehnen.

Abschließend stellt sie klar, die SPD-Fraktion wolle keine Fahrverbote. Man habe daher bisher alle Maßnahmen unterstützt, um Fahrverbote zu vermeiden. So habe man den 14 Mio. Euro aus dem Programm saubere Luft zugestimmt, auch habe man vergangene Woche 6,6 Mio. Euro für die Digitalisierung von Ampeln zugestimmt. Man wolle schnelle Verbesserungen im ÖPNV, z.B. in Form von Busvorberechtigungen, längeren Bussen, Doppelgelenkbussen oder BRT. Wie die Busse heißen sei egal, man müsse das Passende finden um Bürgerinnen und Bürger schneller von A nach B zu bringen.

Man stehe weiterhin zum Ausbau von Radwegen und zu günstigen ÖPNV-Tarifen; zu allem was helfe, die Luft zu verbessern und Verkehrsstaus zu reduzieren. Man könne nicht mit Zufallsentscheidungen weitermachen, sondern müsse gemeinsam vorankommen. Man dürfe den Nachbarkommunen und dem Landkreis keine Vorgaben machen, sondern die Verwaltungen müssten gemeinsam eine Vorlage abstimmen und einbringen.

In seiner Stellungnahme betont Stadtrat **Weiss**, dass man dem Haushalt wohlwollend zustimmen könnte, zumal der Haushalt mit Augenmaß und kaufmännischer Vernunft aufgestellt worden sei. Hervorzuheben sei, dass die Investitionen für die kommenden Jahre gestreckt werden, die Pflichtaufgaben mehr erkannt werden - auch wenn noch eine Prioritätenliste nachgefordert werde -, geplanten Kredite um 10 Mio. Euro sowie die Personalkosten um 1 Mio. € reduziert wurden. Die FWV-Fraktion sei gespannt, wie sich der Sperrvermerk in der Personalkostenentwicklung 2019 auswirke, wohlwissend, dass für künftig anstehende Aufgaben nicht nur viele Häuptlinge, sondern

auch viele Indianer benötigt werden.

Zufrieden sei man, dass die Haushaltsindikatoren eingehalten werden und die Haushaltsanträge die drei Sporthallen mit Generalunternehmer durchzuführen ebenso angenommen wurden wie die Anträge zur Kostenreduzierung der Fuchshofschule durch Reduzierung von Standards unter Einsatz von Generalunternehmern.

Erfreulich sei, dass aufgrund eines Haushaltsüberschusses von Steuererhöhungen abgesehen werden kann.

Die Anträge bezüglich eines Controllers, sowie die konsequente Umsetzung des internen Kontrollsystems durch das Verwaltungsinstrument KSIS werden weiterverfolgt, so Stadtrat Weiss weiter.

Durch die Erweiterung der Verwaltungsspitze durch das 4. Dezernat und der Neueinstellung von Referatsleitern im Bereich nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität werden weitere Impulse erwartet. Dies sowohl für die Innenstadtentwicklung, wie auch im Hinblick auf die noch nicht abgearbeiteten Anträge zum Thema ZIEL und Mobilität. Als wichtig werde die Entwicklung der Stadtteile angesehen. Auch das Ehrenamt in den Vereinen werde in Zukunft weiterhin ernst genommen. Abschließend bedankt er sich bei der Stadtverwaltung, insbesondere der Kämmerei, für die Umsetzung der Anträge und die Zusammenstellung des Haushalts. Er mahnt, zwischenmenschliche Beziehungen und soziale Kompetenz dürften auch im Wahljahr 2019 nicht verloren gehen.

Im Anschluss führt Stadtrat **Heer** aus: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, „Und sie bewegt sich doch.“ Der Legende nach soll Galileo Galilei diesen Satz beim Verlassen des Inquisitionsgerichts gesprochen haben, nachdem er dem kopernikanischen Weltbild abschwören musste.

Bezogen und übertragen auf unseren Ludwigsburger Investitionshaushalt und dem geplanten Stellenausbau musste sich die Verwaltung - aufgrund der Anträge aus dem Gemeinderat - ebenfalls bewegen. Die wichtigsten Eckpunkte dazu:

Die Investitionssumme bei Baumaßnahmen wurde deutlich reduziert, der geplante Ausbau von Personalstellen gekürzt. Es geht doch, meine Damen und Herren.

Die FDP hat mit ihren Anträgen verdeutlicht, dass man Verbesserungen erreichen kann, die nicht zwangsläufig zu Mehrausgaben führen.

Beispiel: FDP Haushaltsantrag: „1 000 Bäume in 10 Jahren“ anstatt zwei zusätzliche Personalstellen.

Dennoch sind wir uns bewusst, dass u.a. in den verschiedensten Bereichen wie Schulneu- und Umbauten, Kindergärten, Sporthallenbau, Radwegeplanung, Infrastruktur, sowie Grün- und Verkehrsplanung hohe Investitionen in der Zukunft notwendig werden. Doch durch die HH-Debatte und durch die Beiträge der Fraktionen aufgefordert, musste die Verwaltung, Korrekturen vornehmen.

Getreu nach der FDP Anregung, bzw. unserer Forderung zum Haushalt: Ausgaben und Projekte schieben, reduzieren, kürzen, streichen.

Über die Höhe kann man sich streiten. Auf alle Fälle ist es ein Anfang, sicher ist aber, wenn wir im ursprünglich geplanten Ausmaß kostenintensive Projekte uneingeschränkt weiterverfolgen ist es - nach unserer Einschätzung - nur eine Frage der Zeit, dass weitere Kreditaufnahmen und Schuldenerhöhungen notwendig werden, die mit Steuererhöhungen gegenfinanziert werden müssen. Und dies will die FDP nicht.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen, bei dem die FDP noch Handlungsbedarf sieht: Laut Vorlage 511/18 Anlage 7 im Stellenplan Seite 2 sind nur 957 von 1034 Personalstellen zum Stand Juni 2018 besetzt (also ein Minus von 67 Stellen die nicht besetzt, bzw. nicht benötigt wurden („Fragezeichen“)?

Dennoch sollen 2019: weitere 90 Stellen neu geschaffen werden, obwohl die 67 Stellen immer noch nicht besetzt sind („Fragezeichen“)? Das ist für uns schwer nachzuvollziehen.

Wir wollen Ludwigsburg voranbringen und weiterentwickeln. Dazu gehört wie in der Haushaltsrede bereits angesprochen: Die Erstellung bzw. Modifizierung und Aktualisierung der Prioritätenliste, die

Umsetzung der Doppelstrategie mit Schiene und BRT und W&W Halt bei Wüstenrot, die erneute Bewerbung für die Landesgartenschau mit B27/Stuttgarter Straße Untertunnelung, der Ausbau der Infrastruktur in den Stadtteilen mit den entsprechenden bürgerschaftlichen Beteiligungsformaten, ebenso u.a. die geplanten Maßnahmen/Investitionen bei Schulen, Kindergärten, Sporthallen, Grünplanung und Wohnungsbau, auch durch Ausschreibung und Beauftragung von Generalunternehmern.

Den Dank an die Verwaltung und den Mitarbeitern/Innen habe ich schon in der ersten HH-Debatte angesprochen und wiederhole ihn hiermit gerne wieder. In diesem Sinne können wir dem Haushaltsplan 2019, der Finanzplanung, dem Investitionsprogramm mit dem Änderungsverzeichnis und dem Stellenplan zustimmen.“

Stadträtin **Dziubas** teilt mit sie werde keine Rede halten und dem Haushalt nicht zustimmen. Bewusst seien von ihr in diesem Jahr keine Anträge eingebracht worden, da dies meist vertane Zeit gewesen sei. Ökologische und soziale Themen hätten im Haushalt nur wenig Stellenwert und/oder würden nicht angepackt werden. Daher werde man dem Haushalt nicht zustimmen.

Stadtrat **Lettrari** teilt mit, er vertrete die Ansicht, dass sich der Gemeinderat zur Stadtbahn bekennen sollte. Hinsichtlich des BRT gebe es nichts Konkretes. Die Verwaltung solle zügig eine Vorlage fertigen, wie es mit der Trassenplanung weitergehe.

OBM **Spec** teilt mit, abschließen wolle er noch auf wenige Punkte eingehen. Die Diskussion Stadtbahn – BRT habe für ihn zwischenzeitlich absurde Züge angenommen. Es habe eine emotionale Reaktion von Landrat Dr. Haas auf die Gemeinderatsvorlage der Stadtverwaltung gegeben. Sowohl die Presse als auch teile der Gemeinderatsfraktionen hätten die Annahme vertreten, dass diese Vorlage gegen den Kompromiss gerichtet sei. Diese Auffassung sei nicht richtig.

Das Verkehrsministerium habe zwischenzeitlich das Protokoll vom 24.10.2018 zur Veröffentlichung frei gegeben. Sowohl Gemeinderat als auch Presse kennen das Protokoll. Dieses Protokoll stelle klar, dass Landrat Haas versuche, einzelne damals erzielten Einigungen wieder auszuhebeln. Mit Verweis auf seinen Amtseid teilt er mit, er werde alles zur Wahrung der Interessen der Stadt Ludwigsburg tun. Dazu gehöre, dass er Wert darauf lege dass eine gemeinsam erzielte Einigung auch in allen Punkten umgesetzt werde. Er könne SPD und Bündis90 /Die grünen nur Auffordern, die gemeinsam hart erzielte Einigung nicht zu unterminieren.

Stadträtin **Liepins** stellt klar, dass von der SPD-Fraktion in der BTU-Sitzung nichts anderes gewollt gewesen sei, dass nur dieses angesprochene Protokoll mit all seinen Ergänzungen zur Abstimmung gestellt werden sollte.

OBM **Spec** teilt mit, gerne sei er für weitere Gespräche, auch innerhalb der Fraktionen bereit. Nachdem keine weitere Wortmeldungen vorliegen lässt OBM Spec über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**Beschluss:**

1. Dem beiliegenden **Wirtschaftsplan** des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Ludwigsburg für das Wirtschaftsjahr 2019 wird zugestimmt.

Die Abwassergebühren betragen ab 01.01.2019 0,29 € pro Quadratmeter für Niederschlagswasser und 1,19 € pro Kubikmeter für Schmutzwasser.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses für Stadtentwässerung vom 06.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 454/18 Beschluss fassen.

**Beschluss:**

1. Die **Kostenüberdeckungen bei der Schmutzwasserbeseitigung** aus den Jahren 2014 mit 292.701,65 € und 2015 (anteilig) mit 80.000,00 € werden in die vorliegende Gebührenkalkulation eingestellt und im Jahr 2019 ausgeglichen.  
Bei der **Niederschlagswasserbeseitigung** werden die **Kostenunterdeckungen** der Jahre 2015 mit 47.947,52 € und 2016 (anteilig) mit 80.000,00 € in die Kalkulation eingestellt, 2019 erfolgt somit der Ausgleich.  
Bei der **dezentralen Abwasserbeseitigung** erfolgt im Jahr 2019 ein anteiliger Ausgleich von **Kostenunterdeckungen** des Geschäftsjahres 2016 in Höhe von 81,43 €.  
Die restlichen Kostenüber- und -unterdeckungen aus den Jahren 2015 und 2016 werden in den Wirtschaftsjahren 2020ff berücksichtigt
2. Der dem Gemeinderat vorgelegten **Abwassergebührenkalkulation 2019** (Anlage 1) wird zugestimmt. Den gebührenfähigen Gesamtkosten der öffentlichen Einrichtungen, welche in die Gebührenkalkulation eingestellt wurden, wird zugestimmt.
3. Die **Gebührensätze** gemäß § 40 der Abwassersatzung betragen ab dem 01.01.2019 für die zentrale Abwasserbeseitigung
  - Schmutzwassergebühr **1,19 € pro Kubikmeter Schmutzwasser**
  - Niederschlagswassergebühr **0,29 € pro Quadratmeter gewichteter versiegelter Fläche**und für die dezentrale Abwasserbeseitigung (geschlossene Gruben, Kleinkläranlagen etc.)
  - angeliefertes Schmutzwasser** gem. § 40 (2) b) und c) **1,26 € pro Kubikmeter**
  - angelieferter Klärschlamm** aus Kleinkläranlagen gem. § 40 (2) a) **12,60 € pro Kubikmeter**
4. Die **erste Satzung zur Änderung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung** wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf (Anlage 2) beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 06.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 447/18 Beschluss fassen.



**Vergabeabschluss:**

1. Die Firma SWARCO TRAFFIC SYSTEMS GmbH aus Unterensingen erhält den Auftrag zur Umsetzung der Digitalisierung der kommunalen Verkehrsleittechnik an Lichtsignalanlagen im Stadtgebiet Ludwigsburg.
2. Der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) i.H.v. 6.600.000,00 € wird zugestimmt. Die Deckung erfolgt durch nicht in Anspruch genommene VE's bei der Weststrandstraße, Mörikestr./Im Waldeck sowie Waldäcker III.

**Die Vergabesumme beträgt einschließlich Unvorhergesehenes (ca. 5 %) 6.600.000,00 € (brutto).**

Das Gremium wird dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 100.000,-- € überschritten werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Dziubas
- Stadtrat Haller
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 06.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 457/18 Beschluss fassen.

**Abweichender Beschluss:**

- 1.1 Der Gemeinderat beschließt den Entwurf ~~und Bau~~ der Grundschule Fuchshofstraße, auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung vom 29.10.2018 mit reinen Hochbaukosten in Höhe von 24,77 Mio. EUR (Kostengruppen 200-400+700 inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen).
- 1.2 Den Kosten für Außenanlagen in Höhe von 1,29 Mio. EUR (Kostengruppe 500 + 700 inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen) wird zugestimmt.
- 1.3 Den Kosten für Mobiliar in Höhe von 2,28 Mio. EUR (Kostengruppe 600+700 inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen) wird zugestimmt.
- 1.4 Den Kosten für Unterrichts- und Betreuungsausstattung 430.000 EUR (inkl. 19% MwSt. und Sicherheitszulagen) wird zugestimmt.
2. Der Weiterbeauftragung der weiteren Planungsleistungen (LPH 4-9) auf Basis der Kostenberechnung für die am Projekt tätigen Ingenieurbüros wird zugestimmt.
  - Architekturbüro VON M, Stuttgart
  - Ingenieurbüro für Systemplanung GmbH (HLS), Stuttgart
  - Ingenieurgesellschaft Wetzstein (ELT), Herrenberg
  - Tragwerksplanung Werner Sobek AG, Stuttgart
  - Bauphysik 5, Backnang
  - Alber & Schulze Baumanagement GmbH, Stuttgart
  - Büro Koeber Landschaftsarchitektur, Stuttgart
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planungen einer Quartiersgarage/Hochgarage im Zusammenhang mit dem Bau der neuen Oststadthalle am Standort Berliner Platz fortzuführen.
4. Die notwendigen Finanzmittel für den gesamten Bau und die Beschaffung in Höhe von 28,77 Mio. EUR werden vorbehaltlich der Genehmigung des Haushalts- und Finanzplans 2019 im Haushalts- und Finanzplan 2019 zur Verfügung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 28 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadträtin Dziubas  
                          - Stadtrat Haller  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatungen im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziale (BSS) am 28.11.2018 und die Vorberatung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 29.11.2018.

BM **Ilk** erläutert die Abweichende Beschlussempfehlung des BTU. Ein weiterer Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM **Spec** lässt über die geänderte Beschlussempfehlung Beschluss fassen.

**Beratungsverlauf:**

Vgl. Beratungsverlauf zu TOP 11.1.

**Beschluss:**

Oberstes Ziel ist die **zukunftsfähige Weiterentwicklung der Innenstadt**, um diese angesichts der zunehmend gravierenden Auswirkungen des Online-Handels, aber auch anderer Herausforderungen **vital und attraktiv** zu halten.

Deshalb geht es um eine höhere städtebauliche Qualität und Anziehungskraft, und die Sicherstellung der Erreichbarkeit durch die verschiedenen Verkehrsträger, wobei der Fuß- und Radfahrverkehr ebenso wie der ÖPNV künftig einen höheren Stellenwert haben sollen, ohne das Auto völlig auszuschließen.

Um **tragfähige Lösungen** und **kreative Ideen** zur **Entwicklung der Stadträume um Arsenal- und Schillerplatz** zu einem attraktiven Erlebnisraum der Innenstadt zu finden, wird ein **städtebaulicher Realisierungs- und Ideenwettbewerb** nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW 2013) durchgeführt. Die Auslobung erfolgt nach den vom Gemeinderat beschlossenen Planungs- und Erneuerungszielen und den vom Fachbereich Stadtplanung und Vermessung formulierten Rahmenbedingungen (siehe Anlage 2).

Der Wettbewerb sieht einen **flexiblen Planungsansatz mit Realisierungsstufen** vor. Die Ergebnisse sollen eine **Vision für die Neugestaltung der Stadträume** aufzeigen. Das bedeutet, dass der Wettbewerb die **Möglichkeiten offen lässt**, einen Teil der oberirdischen Parkplätze zunächst beizubehalten und den Durchgangsverkehr weiterhin zuzulassen. So ist gewährleistet, dass bei der **Umsetzung von Maßnahmen** auf **aktuelle Herausforderungen reagiert** und insbesondere die **Situation im Einzelhandel beobachtet und evaluiert** werden kann. Damit bilden die Wettbewerbsergebnisse eine **solide Grundlage für die weiteren politischen Entscheidungen**.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadträtin Orzechowski  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

### **Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 06.12.2018.

BM **Ilk** erläutert den Verlauf der Beratung.

Nach Aussprache und Stellungnahmen der Stadträte **Rothacker, Noz, Juranek, Heer** und **Dr. Knoß** lässt OBM **Spec** über die Vorlage 502/18 Beschluss fassen.

---

**Beschluss:**

1. Der vorläufige Abschluss des Haushaltsjahres 2018 der Ludwigsburger Schlossfestspiele (LSF) wird zur Kenntnis genommen.
2. Den Programmplanungen 2019 wird zugestimmt.
3. Zur Realisierung des Abschlusskonzertes 2019 im Zuge des Abschiedes des scheidenden Intendanten wird ein Sonderzuschuss i.H.v. 30.000 Euro gewährt. Die Deckung erfolgt durch Mittelumschichtung aus dem TH 05 des Referats für Nachhaltige Stadtentwicklung.
4. Den Haushaltsplanungen 2019 der LSF wird zugestimmt.
5. Für den Haushalt 2019 wird ein Grundförderbetrag i.H.v. 800.000 EUR, sowie der o.g. Sonderzuschuss i.H.v. 30.000 EUR genehmigt und vorbehaltlich der Genehmigung des städtischen Haushaltes durch das Regierungspräsidium freigegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Die Beschlussziffern werden getrennt zur Abstimmung gebracht.

Der Beschluss über die Ziffern 1 bis 5 (Grundförderung) wird mit 34 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Der Beschluss über Ziffer 5 (Sonderzuschuss) wird mit 21 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

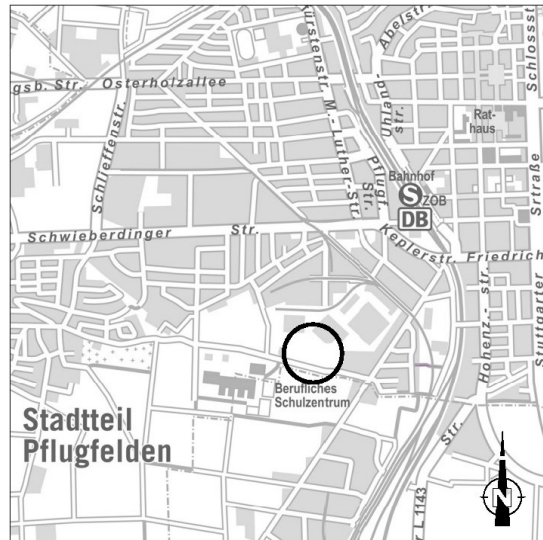
Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadträtin Orzechowski
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Wiedmann

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 11.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 503/18 Beschluss fassen. Auf Wunsch des Gremiums werden entsprechend der WKV-Beratung die Beschlussziffern getrennt zur Abstimmung gebracht.

**Beschluss:**

- I. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 BauGB eingegangenen Stellungnahmen (Anlage 4) werden zur Kenntnis genommen. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung werden entsprechend Anlage 4 beschlossen.
- II. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der örtlichen Bauvorschriften „Solarpark Römerhügel“ Nr. 027/05 wird aufgrund von Änderungen erneut beschlossen. Maßgeblich sind der Bebauungsplanentwurf (Anlage 1), die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils vom 16.11.2018.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplanentwurf und die örtlichen Bauvorschriften gemäß § 4a (3) i.V.m. § 3 (2) BauGB erneut öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4a (3) i.V.m. § 4 (2) BauGB erneut einzuholen.
- IV. Ziel der Planung ist die planungs-rechtliche Sicherung des „Solarparks Römerhügel“ im Rahmen des Ausbaus des Fernwärmenetzes durch die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim sowie die Schaffung einer öffentlichen Grünfläche im Zusammenhang mit einem Schutzgebiet für Eidechsen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadträtin Burkhardt
- Stadtrat Meyer
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Seyfang
- Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 06.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 460/18 Beschluss fassen.

**Beratungsverlauf:**

Beratungsverlauf vgl. Top 14.1

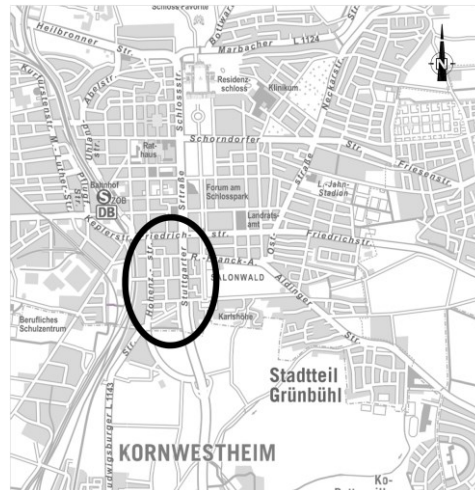
**Abweichender Beschluss:**

- I. Die Aufstellung des Bebauungsplans „Stuttgarter Straße Süd“ Nr. 052/01 wird beschlossen.

Maßgebend für den Geltungsbereich ist der Lageplan des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung vom 04.12.2018 (Anlage 1).

- II. Ziel der Planung ist, das Bestandsgebiet in seiner besonderen architektonischen Qualität zu sichern und langfristig die städtebauliche Entwicklung zu ordnen. *Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebiets aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt bedarf der Rückbau, die Änderung oder die Nutzungsänderung baulicher Anlagen der Genehmigung.*

- III. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt gemeinsam mit der Abstimmung über TOP 15. Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann



**Beschluss:**

Aufgrund von §§ 14 Abs. 1 und 16 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) wird folgende Satzung zur Begründung einer Veränderungssperre beschlossen:

## § 1

Für das in § 2 bezeichnete Gebiet (räumlicher Geltungsbereich) besteht eine Veränderungssperre.

## § 2

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderungssperre wird im Wesentlichen wie folgt begrenzt: Im Westen durch die Stuttgarter Straße, im Norden durch die Friedrichstraße, im Osten durch die Königsallee und im Süden durch die Königinallee. Der konkrete räumliche Geltungsbereich dieser Satzung ist im Lageplan des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung vom 04.12.2018 dargestellt.

## § 3

Im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre (§ 2) dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt oder bauliche Anlagen nicht beseitigt werden
2. erhebliche oder wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

## § 4

Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind, sowie Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen, sowie Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bis dahin ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

## § 5

Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft. Die Geltungsdauer richtet sich nach § 17 Baugesetzbuch.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt gemeinsam mit der Abstimmung über TOP 14. Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

---

**Beschluss:****1. Wahl des Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses und der Stellvertreter:**

Zum Vorsitzenden des Gemeindewahlausschusses wird Herr Erster Bürgermeister Konrad Seigfried für den Fall seiner Verhinderung zum Stellvertreter Herr Jürgen Schindler (FBL 33) und Herr Robert Nitzsche (FBL 10) gewählt.

**2. Wahl der Beisitzerinnen /Beisitzer und stellvertretenden Beisitzerinnen /Beisitzer des Gemeindewahlausschusses:**

a. In den Gemeindewahlausschuss werden 7 Beisitzerinnen / Beisitzer und 7 stellvertretende Beisitzerinnen / Beisitzer berufen.

b. Jede im Gemeinderat vertretene Partei oder Wählervereinigung benennt dem Fachbereich Bürgerdienste, Team Wahlen, bis spätestens Mittwoch, 16. Januar 2019, je zwei Wahlberechtigte, die dann als Beisitzerinnen / Beisitzer bzw. stellvertretende Beisitzerinnen / Beisitzer des Gemeindewahlausschusses gewählt gelten.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

Befangen:            - OBM Spec

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

EBM **Seigfried** übernimmt den Vorsitz. Er verweist auf die Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) am 11.12.2018 und die einstimmige Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. EBM Seigfried lässt über die Vorlage 372/18 Beschluss fassen.

OBM **Spec** tritt wieder in die Sitzung ein und übernimmt den Vorsitz.

**Beschluss:**

Der Name der Grundschule „Anton-Bruckner-Schule - Grundschule Ludwigsburg“ wird zum Schuljahr 2019/20 geändert in „Sophie-Scholl-Schule - Grundschule Ludwigsburg“, vorbehaltlich der Zustimmung der Schulkonferenz.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:       - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales (BSS) vom 12.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 284/18 Beschluss fassen.

**Beratungsverlauf:**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor eintritt in die Sitzung von der Tagesordnung abgesetzt.

**Beschluss:**

Der Absichtserklärung / dem Letter Of Intent (LOI) zur Bildung eines gemeinsamen Gutachterausschusses bzw. zu dem Zusammenschluss mit den Gutachterausschüssen Remseck am Neckar und Freiberg am Neckar wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird ermächtigt, auf der Basis der Absichtserklärung einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit den o.g. Kommunen zu verhandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:     - Stadträtin Burkhardt  
                          - Stadtrat Seybold  
                          - Stadträtin Seyfang  
                          - Stadträtin Wiedmann

**Beratungsverlauf:**

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die in nichtöffentlicher Sitzung einstimmig gefasste Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) vom 06.12.2018. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 459/18 Beschluss fassen.